

Protokoll
über die 47. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport und Schule am 14.05.2008

Beginn: 17:30 Uhr
Ende: Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Multifunktionsraum (E 070)

Anwesenheit

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Voss, Renate Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Riedel, Georg-Christian CDU-Fraktion
und Liberale

ordentliche Mitglieder

Ehlers, Sebastian CDU-Fraktion
und Liberale
Haverland, Torsten CDU-Fraktion
und Liberale
Lederer, Walter Fraktion DIE
LINKE
Meslien, Daniel SPD-Fraktion
Walther, Manfred SPD-Fraktion

stellvertretende Mitglieder

Holtzhauer, Rolf Dr. med. Fraktion DIE
LINKE
Steinmüller, Rolf Fraktion
Unabhängige Bürger

Verwaltung

Göpfert, Roland
Grotelüschen, Christel
Hoch, Kerstin
Junghans, Hermann
Maddauss, Karen
Niesen, Dieter

Pichotzke, Bernd
Ruhl, Andreas
Schmitt, Hans-Ulrich
Schwabe, Marita

Schriftführer

Credè, Norbert

Gäste

Kolodzik, Stefan CDU-Fraktion
und Liberale
Kühl, Gerit
Manow, Cordula

Leitung: Claus Jürgen Jähnig

Schriftführer: Norbert Credè

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 46. Sitzung vom 09.04.2008 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
- 3.1. Berufliche Schulen
4. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)
- 4.1. Produktplan und Produktbeschreibungen der Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 01937/2008
- 4.2. Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2008 - 2020
Vorlage: 01979/2008

- 4.3. Konzept zur weiteren Förderung und Entwicklung der Schweriner Musikschulen für die Jahre 2007 bis 2010
Vorlage: 01546/2007
- 4.4. Bebauungsplan Nr. 61.08 Block 18 (Marienplatz, Martinstraße, Mecklenburgstraße, Helenenstraße)
- Auslegungsbeschluss -
Vorlage: 02078/2008
- 5. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)
- 5.1. Ehrenamtspass
Vorlage: 02006/2008
- 5.2. Videoüberwachung zur Verhinderung von Vandalismus an Schweriner Schulen
Vorlage: 01967/2008
- 5.3. Reduzierung des Stromverbrauchs in Schulen
Vorlage: 01969/2008
- 5.4. Sanierung der BS Technik
Vorlage: 02000/2008
- 6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ausschusses, Herr **Riedel**, der die Sitzung leitet, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er gibt bekannt, dass zur Tagesordnung ein Nachtrag vorliege und bittet um

Zustimmung zur Aufnahme der Beschlussvorlage »Bebauungsplan Nr. 61.08 Block 18 (Marienplatz, Martinstraße, Mecklenburgstraße, Helenenstraße) als Punkt 4.4 der Tagesordnung. Er weist weiter darauf hin, dass zum Tagesordnungspunkt 4.3 eine neue Beschlussvorlage mit einer Veränderungsliste zum Haushaltssicherungskonzept vorliege.

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt der geänderten Tagessordnung einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 46. Sitzung vom 09.04.2008 (öffentlicher Teil)

Beschluss:

Die Niederschrift der 46. Sitzung vom 9. April 2008 wird einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

Herr **Schmitt** händigt den Ausschussmitgliedern die vorläufige Schulstatistik aus und informiert darüber, dass nach den vorliegenden Anmeldezahlen die Grundschulen alle zweizügig, teilweise dreizügig geführt werden könnten.

Auf Herrn **Riedels** Frage nach den Förderschulen, meint Herr **Schmitt**, dass hier eine Prognose nur schlecht zu treffen sei, weil die zukünftigen Schülerzahlen nicht vorhersehbar seien. Eine Diskussion über den Erhalt beider Schulen oder eine Zusammenlegung sei derzeit verfrüht.

Hinsichtlich der Anmeldung an privaten Schulen seien die Zahlen von 1.561 im Jahr 2007 auf 1.625 in diesem Jahr leicht gestiegen.

zu 3.1 Berufliche Schulen

Bemerkungen:

Herr **Schmitt** informiert, dass es zum Schuljahr 2008/2009 keine Änderungen im Berufsschulbereich geben werde, zu den vorliegenden Beschlüssen würde die Umsetzung zum Schuljahr 2009/2010 vorbereitet.

Herr **Lederer** erläutert die von ihm gewünschte Ansetzung des Themas und verweist dabei auf Beschlüsse des Regionalen Planungsverbands hinsichtlich der Festlegung von Ausbildungsorten in manchen Berufsgruppen (Gastronomie in Parchim). Bis zur Vorlage eines neuen Gesetzes zur Verwaltungsreform müsse Schwerin die Chance nutzen, sich als Zentrum der beruflichen Bildung zu etablieren.

Herr **Niesen** betont, dass die Landeshauptstadt Oberzentrum und damit auch wichtigster Standort der Berufsschulen sei. Schwerin habe in manchen Ausbildungsbereichen bereits heute Standortvorteile, in anderen sei noch einiges zu tun. Dies gelte z. B. für die Berufsschule Bau und Technik. Die Gespräche mit der IHK und der Handwerkskammer sollten aus Gründen der Verbindlichkeit auf Ebene des OB fortgesetzt werden. Eine klare Bewertung wäre nach einem Rückgang der Schülerzahlen in ca. zwei Jahren zu erwarten. Momentan besitze die Verbesserung der Situation der Beruflichen Schule Gesundheit und Soziales Priorität, was aber nicht bedeute, dass nicht Gespräche zur Sicherung der Standorte und Kapazitäten weiterer Berufsschulen geführt würden. Perspektivisch gelte es die Standortvorteile Schwerins hinsichtlich der beruflichen Bildung zu sichern und zu stärken.

Zu einer langfristigen Entwicklung der Schülerzahlen ließen sich zurzeit noch keine zuverlässigen Schätzungen anstellen, tendenziell sei sogar in einzelnen Bereichen von steigenden Zahlen auszugehen. Herr **Niesen** schlägt vor, dieses Thema zu vertragen und erneut aufzurufen, wenn sicherere Voraussagen möglich wären.

Herr **Riedel** bringt die Novembersitzung für die Wiedervorlage ins Gespräch, der Ausschuss stimmt dem zu.

Herr **Walther** fragt nach dem Auszug aus dem Bericht des Landesrechnungshofes zum Staatstheater. Herr **Niesen** teilt mit, dass er ein Schreiben an den Ausschussvorsitzenden unterzeichnet habe und den Verbleib kläre.

zu 4 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

zu 4.1 Produktplan und Produktbeschreibungen der Landeshauptstadt Schwerin Vorlage: 01937/2008

Bemerkungen:

Herr **Lederer** äußert detaillierte Änderungswünsche an den im Produktplan formulierten Zieldefinitionen zu einzelnen Bereichen, die vor allem die Aufnahme weiterer Ziele etwa im Bereich der Schulen bzw. redaktionelle Änderungen umfassen.

Er weist auch darauf hin, dass lediglich bei Museum und Archiv der

Kostendeckungsgrad als Kriterium zu Bewertung eingeordnet sei, bei anderen nicht und bittet um entsprechende Ergänzung.

Nach Ansicht von Herrn **Riedel** seien bei den Zieldefinitionen und bei der Bewertung der Schulen die unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen zu beachten. Herr **Niesen** gibt zu bedenken, dass die Stadt nur den äußeren Rahmen der Arbeit der Schule gewährleiste, die Qualität des Unterrichts aber primär jedoch vom Lehrpersonal, das Landessache sei, abhängen. Es gehe bei der Produktorientierung auch nicht um einen Qualitätswettbewerb, sondern um höhere Transparenz im wirtschaftlichen Bereich.

Herr **Lederer** weist auf die Zusammenhänge zwischen Rahmenbedingungen und Unterrichtsqualität hin, die sich beispielsweise im baulichen Bereich zeigten; insbesondere, wenn es um die äußere Situation als Auswahlkriterium für Eltern zum Schulbesuch ihrer Kinder ginge.

Herr **Ruhl** sagt die Berücksichtigung der Vorschläge Herrn Lederers zu und weist auf das Verfahren hin, das die Abstimmung im Ausschuss vorsehe. Herr **Lederer** erklärt, dass bislang keine Gelegenheit zu einer Abstimmung in der Fraktion gegeben habe, er schlage deshalb vor, erst danach im Ausschuss abzustimmen; schließlich diene der Produktplan als Grundlage des nächstjährigen Haushalts. Er könne unter diesen Umständen nicht zustimmen.

Verschiedene andere Mitglieder des Ausschusses sehen darin kein Problem, der Plan sei kein Dogma, sondern solle flexibel gehandhabt werden.

Herr **Niesen** weist auf den Zeitplan hin. Wenn der Produktplan nicht am 9. Juni in der Stadtvertretung beschlossen werde, sei für 2009 kein an den Produkten ausgerichteter Haushalt möglich. Trotz eines Beschlusses im Ausschuss bleibe man selbstverständlich im Gespräch über den Produktplan und werde auch weiterhin Hinweise und Anregungen aufnehmen.

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt der Vorlage unter Berücksichtigung der von Herrn Lederer eingebrachten Ergänzungen und redaktionellen Änderungen mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	0

zu 4.2 Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2008 - 2020

Vorlage: 01979/2008

Bemerkungen:

Die Verwaltung bringt das Haushaltssicherungskonzept (HSK) ein, und Herr **Ruhl** stellt Ziele und Inhalte des HSK vor.

Herr **Niesen** betont, dass Kulturstandorte oder –einrichtungen nicht zur Disposition gestellt würden. In seiner Anlage handele es sich beim HSK um ein Gesamtkonzept, mit dessen Hilfe die Landeshauptstadt Schwerin für die Zukunft

gut aufgestellt werden solle.

Er weist ferner darauf hin, dass sich die Maßnahmen 49.2-1 und 49.2-2 aufgrund bereits gefasster Beschlüsse schon in der Umsetzung befänden (z. B. Ganztagschulprogramm).

Herr **Riedel** bittet die Ausschussmitglieder unter Verweis auf die am kommenden Mittwoch, den 21. Mai 2008, geplante Sondersitzung zunächst nur Fragen an die Verwaltung zu formulieren.

Schulen

Herr **Lederer** äußert sich kritisch zu der nach seine Ansicht zu allgemein gehaltenen Formulierung der Maßnahme 49.2-1. Bei Zustimmung zu diesem Punkt in der vorliegenden Form könne, sei es in Einzelfällen kaum noch möglich, beispielsweise Schulschließungen abzulehnen.

Herr **Niesen** sieht dagegen den konzeptionellen Charakter des HSK, der Spielraum zu Entscheidungen in Einzelfällen lasse. Es wäre wenig hilfreich, im HSK beispielsweise die Zusammenlegung einzelner Schulstandorte festzuschreiben. Da es langfristig angelegt sei, werde genügend Spielraum bleiben, ähnlich wie bei der Entscheidung zur Gutenbergschule möglichst im Einvernehmen mit der Schule, den Eltern und der Stadtvertretung zu entscheiden.

Herr **Ehlers** und Herr **Haverland** sehen in der allgemeinen Formulierungen den Vorteil, einer noch nicht im Einzelfall absehbaren Entwicklung nicht vorzugreifen, und später jetzt getroffene Entscheidungen wieder revidieren zu müssen.

Herr **Schmitt** betont, dass es sich bei der Zusammenlegung von Schulstandorten nicht in jedem Fall auch um Schulschließungen handele. Die gemeinsame Nutzung von Gebäuden gehöre ebenso dazu wie auch die Aufgabe oder Umnutzung einzelner Gebäude.

Herr **Ruhl** warnt davor, schulische Einrichtungen vorzeitig zur Disposition zu stellen, weil dies negative Auswirkungen auf die Qualität der Schule haben könne.

Herr **Steinmüller** weist auf die Zusammenhänge zwischen Bildung und anderen Bereichen hin. Er halte den Bildungssektor für den denkbar ungünstigsten zum Sparen, da alles, was hier eingespart werde, in anderen Bereichen, beispielsweise im sozialen, mehr ausgegeben werden müsse.

Auf Nachfrage von Herrn **Walther** zum Verfahren der Abstimmung des HSK, weist Herr **Riedel** auf die Sondersitzung hin, die der Beschlussfassung diene.

Sport

Herr **Haverland** äußert seine Zufriedenheit mit der zum HSK eingereichten Veränderungsliste in im Sportbereich. Im Hinblick auf die Zukunft der Schwimmhallen und der FIT-GmbH (49.3-3) bittet er um weitere Informationen.

Herr **Niesen** weist auf die differente Beschlusslage der Stadtvertretung hin. Diese werde sich erneut mit dem Thema auseinandersetzen müssen. Eine Erhöhung

der Zuschüsse für die FIT-GmbH sei in Zukunft kaum möglich. Auch gelte es im Hinblick auf das Schulschwimmen, darüber nachzudenken, das Umland stärker an den Kosten zu beteiligen, um städtische Leistungen für Bewohner des Umlands nicht nur aus städtischen Mitteln zu finanzieren.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen bittet Herr **Schmitt** abschließend, Fragen zum HSK schriftlich, auch per E-Mail, möglichst bis Montag an sein Amt zu senden, damit diese bis zur Sondersitzung beantwortet werden könnten.

Kultur

Herr **Lederer** fragt nach den Hintergründen des im Punkt I.1-14 (HSK, S. 27), formulierten Prüfauftrags zur Gründung einer städtischen Kultur- und Sport-GmbH. Herr **Ruhl** informiert, dass sich dahinter eine Forderung des Landesrechnungshofes (LRH) verberge. Um sich keinen Weg zu verbauen, sei der Punkt aufgenommen worden.

Herr **Junghans** informiert über die beim Deutschen Städtetag sich verbreitende Ansicht, dass die Privatisierung von Kultur und Sport eher Nachteile bringe. Die Praxis habe erbracht, dass steuerrechtliche Probleme auftreten könnten, weil privatisierte Einrichtungen umsatzsteuerpflichtig werden könnten und in der Folge auch die Künstlersozialversicherung Beiträge einfordern könne. Dies treibe die Kosten nicht unbeträchtlich in die Höhe. Im Allgemeinen würde dort eine GmbH-Lösung nicht mehr als sinnvoll angesehen.

Herr **Lederer** verweist auf die vom Ausschuss abgelehnten Bestrebungen des Zusammenschlusses des Kulturbüros und der Stadtmarketing. Diese hätte nach seiner Ansicht einzig dem Personalabbau in der Stadtverwaltung durch Auslagerung dienen sollen.

Herr **Niesen** betonte, dass mit den im HSK vorgesehenen Personalmaßnahmen ein Arbeitsplatzabbau lediglich über Altersteilzeitregelungen herbeigeführt werden solle, auf eine Auslagerung von Arbeitsplätzen könne daraus nicht geschlossen werden. Wenn solches in der Vergangenheit gemacht worden sei, werde es dies in Zukunft nicht mehr geben.

Herr **Walther** bittet um Information über die Bedeutung der negativ dargestellten Förderung des Staatstheaters in den Folgejahren. Die bedeuteten keine Mittelkürzung, erläutert Herr **Niesen**, denn der Ausgangspunkt der Darstellung sei die Finanzplanung, welche eine Reduzierung der Zuschüsse in den kommenden Jahren vorsehe. Diese Reduzierung solle aber jetzt nicht umgesetzt werden, und die Negativzahlen bedeuteten deshalb die Aufhebung der Reduzierung.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, verweist Herr Riedel auf die Beschlussfassung in der Sondersitzung am kommenden Mittwoch, den 21. Mai 2008, und bittet abschließend, bei weiteren Fragen an die Verwaltung nach dem Vorschlag von Herrn Schmitt zu verfahren.

Beschluss:

Wiedervorlage in der Sondersitzung am 21. Mai 2008

**zu 4.3 Konzept zur weiteren Förderung und Entwicklung der Schweriner
Musikschulen für die Jahre 2007 bis 2010
Vorlage: 01546/2007**

Bemerkungen:

Herr **Junghans** informiert, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 5. Mai festgelegt habe, den Beschluss zum Musikschulkonzept gemeinsam mit dem HSK-Beschluss zu fassen. Er schlägt deshalb vor, den Tagesordnungspunkt auf die Sondersitzung zu vertragen.

Herr **Meslien** stellt fest, dass zur Sitzung zwar Vertreter des Konservatoriums und der Jugendkunst- und Musikschule »Ataraxia« anwesend seien, aber keiner der Schule der Künste. Er bittet darum, zur nächsten Sitzung die Schule der Künste einzuladen.

Anschließend wird Frau **Kühl** von »Ataraxia« das Wort erteilt, die kurz die Situation ihrer Schule darstellt. »Ataraxia« arbeite mit einer Kostendeckung von über 70 Prozent, so dass weitere Zuschusskürzungen durch Einsparungen nicht mehr aufgefangen werden könnten, sondern unweigerlich zu Leistungseinschränkungen führen müssten.

Herr **Meslien** bittet um Auskunft, wie hoch der Anteil der Kinder aus dem Schweriner Umland an den einzelnen Musikschulen sei und was diese für den Unterricht bezahlten. Er würde gern wissen, was der Unterricht für ein Kind kosten würde, wenn die Zuschüsse entfielen und die vollen Kosten getragen werden müssten.

Frau **Kühl** sieht sich ad hoc nur in der Lage zu schätzen, dass bei »Ataraxia« etwa 10 bis 15 Prozent höhere Beiträge gefordert werden müssten. An ihrer Schule kämen ca. 20 Prozent der Schüler aus dem Umland, während es beim Konservatorium nach Auskunft von Frau **Schwabe** rund 200 von 1.250 Schülern (ca. 16 Prozent) seien. Beide sagten für die Sondersitzung konkrete Zahlen zu.

Der Ausschuss vertagte den Punkt auf die Sondersitzung am 21. Mai 2008, dazu solle dem Vorschlag Herrn **Mesliens** folgend ein Vertreter der Schule der Künste eingeladen werden.

Beschluss:

Der Ausschuss vertagte den Punkt auf die Sondersitzung am 21. Mai 2008, dazu solle dem Vorschlag Herrn **Mesliens** folgend ein Vertreter der Schule der Künste eingeladen werden.

**zu 4.4 Bebauungsplan Nr. 61.08 Block 18 (Marienplatz, Martinstraße,
Mecklenburgstraße, Helenenstraße)
- Auslegungsbeschluss -
Vorlage: 02078/2008**

Bemerkungen:

Herr **Junghans** begründet die Befassung des Ausschusses mit dem Bauvorhaben der »Marienplatzgalerie«, weil Überlegungen angestellt würden, die Stadtbibliothek an diesem neuen Standort zu konzentrieren und das Perzina-

Haus in der Wismarschen Straße ganz aufzugeben. Derzeit würden die verschiedenen Kostenvarianten kalkuliert, es gäbe aber noch keine Tendenz zu einer Entscheidung.

Auf die Frage von Herrn **Steinmüller** gab Herr **Junghans**, den Flächenbedarf mit ca. 2.000 m² an. Die Stadt kalkuliere derzeit mit einem Mietpreis von 9,- Euro/m². Auf den Einwurf Herrn **Steinmüllers**, bei allen öffentlichen Veranstaltungen zu dem Projekt sei seitens der Investoren davon gesprochen worden, dass die Flächen ausgebucht seien, antwortet Herr **Junghans**, dass nach Auskunft des Investors ein großes Interesse bestehe, weshalb man sich rasch entscheiden müsse.

Herr **Riedel** stellt abschließend fest, dass der Ausschuss die Information zur Kenntnis nehme und äußert den Wunsch, perspektivisch zu Projekten aus dem Baubereich immer gehört werden zu wollen, wenn es die Baumaßnahmen die Bereiche Kultur, Schule oder Sport tangierten.

Beschluss:

Kennntnis genommen

zu 5 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

**zu 5.1 Ehrenamtspass
Vorlage: 02006/2008**

Bemerkungen:

Herr **Haverland** merkt an, dass es ihm wichtig wäre, keine der vielen ehrenamtlich Tätigen besonders hervorzuheben und durch finanzielle Vergünstigungen besser zu stellen. Er hält es für besser, über eine Art Vorteilskarte für alle ein Ehrenamt wahrnehmenden Bürger nachzudenken, ohne dass Vergünstigungen zu Lasten des städtischen Haushalts gingen. Dem stimmen auch andere Mitglieder des Ausschusses zu.

Herr **Meslien** stellt dar, dass der Antrag auf einen Vorschlag des Seniorenbeirats zurückgehe und sich an der in der Stadt Parchim geübten Praxis orientiere. Bei den dortigen Vergünstigungen handele es sich überwiegend um Rabatte privater Betriebe, die auf den Ehrenamtspass gewährt würden.

Da seitens der Verwaltung eine Stellungnahme aufgrund der Kürze der Zeit noch nicht abgegeben werden könne, sagte Herr Junghans zu, dies zur nächsten Sitzung nachholen zu wollen.

Beschluss:

Die weitere Befassung mit der Vorlage wird auf die Sondersitzung am 21. Mai 2008 vertagt.

zu 5.2 Videoüberwachung zur Verhinderung von Vandalismus an Schweriner Schulen
Vorlage: 01967/2008

Bemerkungen:

Herr **Meslien** bezieht den Antrag auf einen in der Januarsitzung (43. Sitzung v. 9. Januar 2008, TOP 5.1) von der Schulleiterin der Bertolt -Brecht-Schule geäußerten Vorschlag. Nach Auskunft von Herrn **Schmitt** sei die beim ZGM eingelagerte Anlage für eine weitere Verwendung nicht geeignet, sie entspreche nicht mehr den technischen Richtlinien, was Herr Göpfert, ZGM, bestätigt.

Die Kosten für die Installation einer Neuanlage mit betrügen ca. 17.000 Euro, die Mittel dafür könnten im laufenden Budget nur zu Lasten anderer Projekte abgezweigt werden.

Herr **Niesen** schlägt vor, den Tagesordnungspunkt in Zusammenhang mit den Beratungen des Haushalts 2009 erneut aufzurufen.

Herr **Meslien** stimmt dem zu, bittet aber darum, bis dahin Daten zur Frage vorzulegen, welche Schulen in welchem Ausmaß und wie häufig von Graffiti und Vandalismus betroffen seien.

Beschluss:

Der Antrag wird auf Wiedervorlage zu den Beratungen der Haushaltsplanung 2009 gelegt.

zu 5.3 Reduzierung des Stromverbrauchs in Schulen
Vorlage: 01969/2008

Bemerkungen:

Herr **Steinmüller** weist auf die Schule Neumühle hin, die ein erfolgreiches Modell zur Energieeinsparung entwickelt habe und praktiziere. Herr **Schmitt** informiert, dass auch andere Schulen Energiesparprogramme als Projekte durchführten.

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt der Vorlage einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 5.4 Sanierung der BS Technik
Vorlage: 02000/2008

Bemerkungen:

Herr **Niesen** merkt an, dass eine Investitionsplanung für die Berufsschule Technik in Lankow erst seriös vorgelegt werden könne, wenn die künftigen Schülerzahlen realistisch einschätzbar seien. Da im Investitionshaushalt zurzeit

ohnehin kein Spielraum sei, schlägt er vor, auch diesen Punkt bei der Beratung des Haushalts 2009 wieder aufzunehmen.

Herr **Meslien** hält in diesem Zusammenhang für sinnvoll, zu der Beratung eine Liste vorzubereiten, die eine Gesamtübersicht über den Investitionsbedarf der einzelnen Schulen ersichtlich mache.

Herr **Schmitt** informiert, dass die Gespräche mit der Schulkonferenz der Beruflichen Schule Technik erbracht hätten, dass man dort mit der Position der Stadt leben könne und einsehe, dass derzeit keine konkrete perspektivische Planung möglich sei.

Der Antragsteller stimmt dem Vorschlag zu, den Antrag in der Novembersitzung des Ausschusses erneut zu behandeln.

Beschluss:

Wiedervorlage in der Novembersitzung des Ausschusses.

zu 6 Sonstiges

Bemerkungen:

Keine Wortmeldungen

gez. Claus Jürgen Jähniß

Vorsitzende/r

gez. Norbert Credè

Protokollführer